

V1-001

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Aras Osso (GJ Düren)

Titel: **V1-001: Krieg kennt keine Gewinner*innen:
Unsere Antwort heißt Solidarität!**

Antragstext

Von Zeile 1 bis 4:

~~Am Morgen des 24. Februars 2022 begann nicht die erste völkerrechtswidrige militärische Auseinandersetzung, die der russische Präsident Wladimir Putin aus imperialistischen Motiven vom Zaun brach. Doch dieser~~ Seit 2014 befindet sich die Ukraine mit dem Putin Regime in einem Krieg, welcher mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch russische Separatisten, die vom Kreml unterstützt werden, ausbrach. Allein in der Krim verloren über 9000 Menschen, davon über 2000 Zivilist*innen ihr Leben. Den Höhepunkt erreichte dieser Krieg mit der völkerrechtswidrigen Anerkennung der Separatistengebiete Luhansk und Donezk und der anschließenden völkerrechtswidrigen Offensive auf die gesamte Ukraine am 24. Februar 2022. Dieser Krieg, der in aller Härte gegen die Zivilbevölkerung eines souveränen Staates vorgeht, schockt uns und

Begründung

"Am Morgen des 24. Februars 2022 begann nicht die erste völkerrechtswidrige militärische Auseinandersetzung[.....]" "Doch dieser Krieg[.....]"
Die Großoffensive auf die gesamte Ukraine am 24. Februar 2022 darf nicht separat betrachtet werden. Das ist kein neuer Krieg! Sie ist Teil des völkerrechtswidrigen Krieges gegen die Ukraine, welche schon 2014 mit der Annexion der Krim durch

russische Separatisten begann. Insgesamt verloren in der Krim über 9.000 Menschen ihr Leben, davon über 2.000 Zivilist*innen. Auch in der Krim ging man während der Annexion mit voller Härte gegen Zivilist*innen vor. Dadurch, dass die mediale Präsenz zu diesem Krieg seit 2022 im Vergleich extrem angestiegen ist, kann schnell der Eindruck in der Gesellschaft gewonnen werden, dass das Leid der Menschen in der Ukraine erst mit der völkerrechtswidrigen militärischen Auseinandersetzung am 24. Februar 2022 begann. Das ist ein Irrtum. Daher finde ich es wichtig als Grüne Jugend NRW in unserem Positionsblatt sehr deutlich zumachen, dass Putins Krieg gegen die Ukraine ein sehr langwieriger ist und nicht erst seit 2022 die Menschen in der Ukraine unter seiner Brutalität zu Leiden haben. So unterbindet man auch seitens der Grünen Jugend, dass die Parteien (CDU/CSU und SPD), die von 2013-2021 in der Regierung waren, sich ihrer politischen Verantwortung entziehen. Stichpunkt Gas, Öl und Kohleabhängigkeit zu Russland. Finanzielle Unterstützung Russlands während des Krieges in der Krim und anderen Regionen. Ich hoffe, dass meine Begründung für alle Menschen, die das gerade hier lesen nachvollziehbar ist. Falls nicht, könnt ihr mich gerne während der LMV ansprechen.

[UNO-Bilanz - Fast 10.000 Tote im Ukraine-Konflikt | deutschlandfunk.de](https://www.deutschlandfunk.de/uno-bilanz-fast-10000-tote-im-ukraine-konflikt-10177777.html)